Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : "Die Illusion einer Entspannung" ; Ein unerfüllbares Programm ; Rechts oder links? ; Frankreichs geheimer Krieg

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140073

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewalt, Terror, Militarismus u. a. m.), aber ohne Überheblichkeit, und Einstehen durch Wort und Tat für das, was am Kommunismus wahr ist und wozu er uns, von Gott her, aufruft.

6. Totaler eigener Einsatz für Gottes und Jesu Christi Sache, überall und immer, in Wort und Tat. *Carmen Weingartner-Studer*

WELTRUNDSCHAU

„Die Illusion einer Entspannung" Will man die politische Weltlage, so wie sie sich in den vergangenen paar Wochen darbot, mit einer (notwendig übervereinfachenden) Formel umschreiben, so kann man vielleicht sagen, daß auf beiden Seiten des großen Grabens, der die angeblich «Vereinten Nationen» in West und Ost trennt, auf der Stelle getreten wird. Gewiß, die Regierung der Sowjetunion hat mit dem Vorschlag eines *Freundschafts- und Nichtangriffsvertrags* zwischen der USSR und den Vereinigten Staaten, enthalten in einem persönlichen Schreiben Bulganins an Eisenhower, einen neuen Vorstoß gemacht, um die Beziehungen zwischen den zwei Heerlagern über den toten Punkt hinauszuführen, auf dem sie seit der zweiten Genfer Konferenz offenkundig stehen. Aber die rein negative Antwort, die Präsident Eisenhower seinem Moskauer Kollegen gegeben hat, zeigt gerade aufs deutlichste, daß von einer Lockerung der erstarrten Fronten vorderhand keine Rede sein kann. Die von der Sowjetregierung als Gegenstand einer zweiseitigen Vertragsabmachung genannten Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten untereinander, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit seien alle schon in der Satzung der Vereinten Nationen niedergelegt — und doch habe das die Entstehung der Spannungen nicht verhindern können, unter denen die Welt heute leide. Es sei darum gefährlich, durch neue papierene Erklärungen die Illusion einer Entspannung zu schaffen, die in Wahrheit nicht bestehe. Worauf es ankomme, das sei vielmehr eine Wandlung der Gesinnung und der inneren Haltung, ausgedrückt in *Taten* des Friedens, nicht in neuen Verträgen. Und hier, so meint Eisenhower, habe die Sowjetunion immer wieder versagt. Die Weltlage habe insbesondere seit der ersten Genfer Konferenz von 1955 «einen Kurs eingeschlagen, der bestehende Konflikte verschärfe und so die Spannungen erhöhe. Wie anders könnte die Welt aussehen, wenn die Sowjetunion in diesen Fragen eine andere Haltung einnehmen würde»!

An dieser Darstellung — die von der westlichen Welt ganz über-

wiegend als richtig übernommen wurde — ist gewiß soviel wahr, daß es in der Friedensfrage vor allem auf Taten und Beweise ankommt, nicht auf Erklärungen und Verträge, ist auch wahr, daß die Vereinten Nationen durchaus den Rahmen für die von Moskau gewünschten «koexistentiellen» Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Amerika abgeben könnten, wenn man ihre Satzung nur ernst nähme. Eisenhower vergißt nur, daß es ja gerade die Regierung der amerikanischen Union war, die den der UNO zugrundeliegenden Befriedungsplan schon in den ersten Anfängen zunichtemachte und dann eine Richtung einschlug, die zu einer immer verhängnisvolleren Entfremdung zwischen den beiden Supermächten führte. Präsident Roosevelt hatte gewußt, daß der Friede nach der siegreichen Durchkämpfung des Zweiten Weltkrieges von der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Sowjetunion abhänge. «Es schien ihm unsinnig, zuerst mit der russischen Karte gegen Deutschland zu spielen und dann mit der deutschen gegen Rußland. Das Ende einer solchen Politik konnte nur ein dritter Weltkrieg sein ... Man konnte also mit Rußland verhandeln. Man konnte sogar noch mehr tun — man konnte diese Macht binden. Man konnte sie genau so behandeln wie eine machtvolle ausländische Konkurrenz und mit ihr ein Kartell abschließen. Durch ein Kartell wird die Konkurrenz aufgehoben, und das bedeutet, politisch gesprochen, den Frieden. Die United Nations (die Vereinten Nationen) sollten dieses Kartell sein ... Die Zukunft der Welt hing also von der Freundschaft mit Rußland ab. Deshalb ging Roosevelt nach Teheran, und deshalb ging er nach Jalta.» (L. L. Matthias, Die Entdeckung Amerikas Anno 1953, Seite 314 f.)

Aber Roosevelt war kaum unter dem Boden, da wurde schon eine neue Politik in die Wege geleitet — nein, die alte unselige Politik der Feindseligkeit gegen die Sowjetunion wieder aufgenommen. Am 15. April 1945 fand, wie der wohlbekannte amerikanische Journalist Drew Pearson gleich am Tag darauf mitteilen konnte, «eine Sitzung in den Amtsräumen des Unterstaatssekretärs Clayton statt, bei der das Außenamt wie das Kriegsministerium beschlossen, die Politik Roosevelts umzustürzen». Die Gründung der UNO zu verhindern, war nicht mehr möglich; was aber möglich war, das war, die UNO zu einem Werkzeug der neu-alten antikommunistischen Weltpolitik zu machen und die Sowjetunion planmäßig zurückzudrängen, ja herauszufordern. Schon an der Gründungskonferenz der UNO geschah dies in aller Öffentlichkeit, insbesondere in der Frage der Zulassung des peronistischen Argentinien, die von der Sowjetunion, im Einklang mit der Haltung der Regierung Roosevelt, zuerst abgelehnt, von der Regierung Truman nun aber demonstrativ durchgedrückt wurde. Dann aber auch in anderen Fragen, so in derjenigen der kollektiven Selbstverteidigung und der regionalen Vereinbarungen nach Artikel 51 und 52 der Satzung, die so gefaßt und ausgelegt wurden, daß nunmehr «durch die Organisation

der United Nations Kriege nicht verhindert, sondern ganz im Gegenteil ermöglicht werden und sogar in Dimensionen, die die des Zweiten Weltkrieges noch weit übertreffen. Auch machen die Artikel den Krieg zu einem Hazard, der — wie dann auch später der Fall Korea ergab — ohne allzu große Schwierigkeiten von irgendwelchen Gruppen auf einem ganz anderen Kontinent gespielt werden kann, ohne daß die United Nations auch nur die geringste Möglichkeit hätten, sich gegen die Politik dieser Gruppen zu wehren». (Matthias a. a. O., S. 318 f.)

Was aus dieser Wendung der amerikanischen Politik folgte, war durchaus konsequent: Churchills antikommunistischer Fanfarenstoß in Fulton, die Bildung des Atlantikbundes (bis hin zu der bekanntlich sehr «atlantischen» Türkei), die Entwicklung der A- und H-Bombe als Werkzeug der Zurückwerfung der Sowjetunion, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, neuerdings der Bagdadpakt, die Südostasiatische Vertragsorganisation, die Unterstützung Tschiang Kai-scheks gegen China usw., aber auch — als Reaktion auf diese ganze Haltung des Westens — die Eingliederung des der Sowjetunion als Interessensphäre überlassenen ost- und mitteleuropäischen Raumes in einen militärisch organisierten Ostblock, die Herstellung von Atomwaffen auch durch die Sowjetunion und jüngst ihre verstärkte Tätigkeit in Süd- und Vorderasien.

So ist die unheilvolle Spannung zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt entstanden, eine Spannung, die, wie ja der amerikanische Außenminister in seinen berühmt gewordenen Erklärungen gegenüber einem Mitarbeiter der Zeitschrift «Life» zugab, von der Regierung der Vereinigten Staaten dreimal bis zur unmittelbaren Explosionsgefahr gesteigert wurde: in der Koreakrise, im Endkampf um Indochina und in der Formosafrage. Mit einer Art unheimlichen Stolzes bemerkte dazu Herr Dulles: «Die Fähigkeit, bis an den Rand (eines Krieges) zu gehen, ohne doch in den Krieg selbst hineinzugeraten, ist die notwendige Kunst. Wenn man darin nicht Meister ist, gerät man unausweichlich in den Krieg. Wenn man ihm zu entgehen sucht, wenn man davor zurückschreckt, bis an den Rand hin zu gehen, ist man verloren. Wir gingen bis an den Rand und schauten dem Krieg ins Auge. Wir schritten zur starken Aktion.» Wenn das die große Kunst des modernen Diplomaten ist, dann ist es, wie auch die sehr konservative Londoner «Daily Mail» damals sagte, «die erschreckendste Kunst, der wir je begegnet sind. Ein falscher Schritt — und der Künstler kommt über den Rand hinaus, nimmt dabei seine H-Bomben mit und zerstört zugleich die Welt» . . .

Bei *solcher* Einstellung sind freilich alle Bemühungen der anderen Seite, eine Entspannung herbeizuführen, nur Illusion und dazu verurteilt, von den «Künstlern» der westmächtlichen Diplomatie und ihren Nachbetern als bloße «Propagandamanöver» abgetan zu werden, die nicht weiter ernst genommen zu werden brauchten.

Ein unerfüllbares Programm Bleiben wir aber noch einen Augenblick bei der Grundeinstellung der amerikanischen Außenpolitik stehen, wie sie seit Jahren besonders konsequent von Staatssekretär Dulles vertreten wird. Scott Nearing, der amerikanische Schriftsteller, hat unlängst in seinen «World Events» (Januar 1956) das Programm Dulles' in sieben Punkten zusammengefaßt: 1. Austilgung des Kommunismus, wo immer er in der nichtkommunistischen Welt auftritt; 2. Einkreisung der kommunistischen Staaten durch einen eisernen Ring von Wirtschaftsdruckmitteln und Militärstützpunkten; 3. Schwächung der kommunistischen Staaten im Innern und nach außen; 4. Wiederherstellung des westeuropäischen Kapitalismus; 5. Förderung der Einigung und Wiederaufrüstung eines Deutschlands, das die Richtlinien des amerikanischen Außenministeriums befolgt; 6. Zusammenschluß der Mitgliedstaaten des Nordatlantikbundes unter Führung der Vereinigten Staaten und 7. Festhaltung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrer Stellung als Vasallen oder Kolonien der reichsten und mächtigsten «freien Nationen», der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs. «Alle sieben Punkte in diesem Programm für den Frieden und das Wohlergehen des Westens auf Kosten des Gleichgewichtes der Menschheit beschäftigten Herrn Dulles schon in den Jahren, da er republikanischer Berater von Präsident Trumans Kollegium demokratischer Oligarchen war. Er hat an ihrer Verwirklichung unermüdlich gearbeitet, seit er im Januar 1953 das Staatsdepartement übernahm.»

Was für ein Erfolg ist ihm dabei beschieden gewesen?

1. Die Austilgung des Kommunismus und aller irgendwie linksgerichteten Bewegungen ist bisher gelungen in Griechenland, Guatemala, Britisch Guyana, Südkorea und auf den Philippinen, ist aber fehlgeschlagen in Indien, Nordkorea und Nordvietnam. In den Vereinigten Staaten selbst ist die Kommunistische Partei tatsächlich illegal erklärt und in den Untergrund gedrängt worden; sie behauptet hingegen ihre Stellung in Großbritannien und macht eher Fortschritte in Italien und besonders in Frankreich, wo sie mit 4½ Millionen Stimmen (25,6 Prozent der Gesamtzahl) und 146 Abgeordneten weitaus die stärkste Landespartei darstellt.

2. Die kommunistischen Staaten sind durch Militärstützpunkte und Wirtschaftsboykott weithin eingekreist. Aber von der Elbe bis zum Gelben Meer reicht heute ein kommunistischer Staatenblock, der — trotz den schwachen Stellen, die er aufweist — an wirtschaftlichem und politischem Gewicht wie an innerer Festigkeit zunimmt und sich im wesentlichen aus eigenen Mitteln erhalten kann. Die Einkreisungspolitik hat sich so eher als Ansporn zu engerem Zusammenschluß der Ostvölker und zur Anspannung all ihrer Kräfte erwiesen denn als wirksames Druck- und Schreckmittel.

3. Insbesondere die *innere* Schwächung der kommunistischen Länder ist bisher offenkundig mißlungen. Sozusagen alle westlichen Besucher der Sowjetunion stellen fest, daß der Wohlstand und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes wachsen, daß das Regime unerschüttert dasteht und das Volk keinerlei ernsthafte Neigung zeigt, es zu stürzen. Ähnliches gilt vom neuen China, das in den sechs Jahren seines Bestehens die erstaunlichsten wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen vollbracht hat, und dessen Volk moralisch durchaus für ein Regime gewonnen scheint, unter dem es nicht nur die nationale Unabhängigkeit, sondern auch freie Bahn für seinen Aufstieg zu einem menschenwürdigen Dasein gewonnen hat.

4. Dank dem massiven Eingreifen Amerikas ist das kapitalistische Regime in Westeuropa, das nach dem Krieg dem Versagen nahe war, mindestens äußerlich wiederaufgerichtet worden und hat besonders in Großbritannien, Belgien und Holland, in Westdeutschland und Österreich neue Kraft gewonnen — nicht zu reden von den Ländern, in denen es, wie in der Schweiz und in Schweden, durch den Krieg überhaupt nicht erschüttert worden ist und seither erst recht erfolgreich scheint. In anderen Ländern, so in Frankreich und Italien, mag der Erfolg der kapitalistischen Restauration zweifelhaft und durch die zunehmende Schwächung ihres politischen Gefüges aufgewogen sein. Als Ganzes steht der westeuropäische Kapitalismus keineswegs imponierend da, zumal die Bemühungen, auf seinem Boden Westeuropa zu einigen, bisher immer wieder gescheitert sind.

5. Deutschland ist von derjenigen Art Wiedervereinigung, die Dulles erträumt, so weit entfernt wie nur je. Wohl nimmt die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ihren Fortgang; die Regierung der Bundesrepublik hat bereits ein Gesetz über die Wiedereinführung des Militärzwanges an das Parlament geleitet und rechnet damit, daß die ersten Einberufungen zum Militärdienst etwa im Herbst 1957 erfolgen können. Aber der Gegenzug Ostdeutschlands ist nicht ausgeblieben: die «Volksarmee» der DDR — die als «Volkspolizei» in der Hauptsache schon bisher bestand — ist jetzt offiziell ausgerufen worden und wird planmäßig ausgebaut werden. Das heißt aber, daß die Spaltung Deutschlands weiter vertieft worden und die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der beiden Großblöcke auf deutschem Boden erhöht ist.

Man mag den Gegenzug der DDR vom Standpunkt der hergebrachten politischen Reaktionsweise — «Auge um Auge, Zahn um Zahn» — verstehen. Aber das ist es ja eben, daß dieser Standpunkt, schon immer sittlich verkehrt, nun auch «realpolitisch» unsinnig, ja selbstmörderisch geworden ist. Gerade ein Staat, der beansprucht, einer *neuen* gesellschaftlichen Moral zu huldigen und dem Geist des Friedens zu dienen, hätte die Pflicht gehabt, der Aufrüstungspolitik Westdeutschlands den Willen zur Landesverteidigung mit den Mitteln sozialer Gerechtigkeit

und staatsbürgerlicher Freiheit entgegenzustellen und es in vollem Ernst darauf ankommen zu lassen, ob ein hochgerüsteter Westen wirklich zur gewaltsamen Angliederung Ostdeutschlands an die Bonner Republik schreiten würde. Daß er das nicht getan hat, vielmehr nun ganz offen an die «gute nationale Militärtradition» Preußen-Deutschlands anknüpft und den Geist Blüchers und Lützows, Scharnhorsts und Gneisenaus beschwört, um die «Volksarmee» populärer zu machen — das ist eine Schuld, die Gericht herausfordert. Freilich, die Schuld Westdeutschlands und seiner Parteien — eingeschlossen die ewig wankelmütige und grundsatzlose Sozialdemokratie — wird dadurch nicht aufgehoben. Th. Michaltscheff hat ganz recht, wenn er in der Hamburger «Friedensrundschau» (Nr. 2) feststellt:

«Abgesehen davon, daß geschichtliche Schuld dieses Ausmaßes und dieser Art fast nie einseitig ist, wäre es zur nationalen Volksarmee der DDR vielleicht nicht gekommen, wenn ihr nicht die Pariser Verträge, der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO und die Aufstellung der zwölf westdeutschen Divisionen vorangegangen wären. Die Kasernierung der Volkspolizei ist kein zureichender Beweis dafür, daß die DDR mit der Remilitarisierung als erste begonnen hat. Denn erstens ist eine Volkspolizei, wenn auch kaserniert, etwas anderes als eine reguläre Armee und zweitens hatte die Bundesrepublik durch den motorisierten und militärisch aufgezogenen Grenzschutz einen ausreichenden Ausgleich für die kasernierte Volkspolizei geschaffen. Eine eminente Gefahr bestand daher nicht. Durch die Aufstellung von Armeen in beiden Teilen Deutschlands wird aber jetzt zwangsläufig das gefürchtete Wettrüsten zwischen beiden Teilstaaten beginnen, das nicht allein eine beiderseitige Bedrohung, sondern auch eine zusätzliche schwere Belastung für die ganze Weltpolitik bedeuten wird.

Man mag über die DDR denken, wie man will. Tatsache ist es aber, daß der erste Schritt für die Auseinanderentwicklung und für die Versteifung der Spaltung Deutschlands fast immer von westdeutscher Seite gemacht wurde. Die Bundesrepublik ist der DDR mit dem schlechten Beispiel in dieser Hinsicht vorangegangen. So war es mit der Währungsreform, der Schaffung eines selbständigen westdeutschen Staates, der Verkündigung des Grundgesetzes, der Einberufung des Bundestages, der Unterzeichnung der Pariser Verträge, des Beitritts der Bundesrepublik in die NATO und in die Westeuropäische Union, der Proklamierung der Souveränität, der Schaffung von Militärgesetzen, der Einberufung von Soldaten usw. — alles dies fand zuerst in Westdeutschland statt. Die DDR folgte im Abstand von mehreren Wochen oder auch Monaten nach.»

Auf jeden Fall hat man in Westdeutschland keinen Grund, wieder pharisäisch über die DDR abzuurteilen. *Der* Geist, der in der Bundesrepublik herrscht, ist — alles in allem genommen — schlimmer als die Gesinnung, die das ostdeutsche Regime hier von der Vergangenheit übernommen hat, einer Vergangenheit, die zu überwinden freilich gerade seine Berufung wäre und sein Lebensrecht begründen sollte*.

---

* Welchen Geistes gewisse «Führer» Westdeutschlands sind, geht auch aus einem bei uns wenig beachteten Vorgang hervor, der hier doch nicht mit Stillschweigen übergangen werden soll. Der Präsident des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Dibelius, hatte Ende Januar eine Audienz beim Papst, um zusammen mit der römischen Kirche «eine Union aller Christen zur gemeinsamen Abwehr antireligiöser Kräfte zu fördern» — unter denen natürlich nicht das kapita-

6. Der Nordatlantikbund besteht zwar und arbeitet mit einem großen, besonders militärischen Apparat. Aber eine einheitliche politische Macht ist er nicht. Und die Widerstände gegen die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten verstärken sich eher, statt daß sie schwächer würden. Daran ändern papierene Erklärungen wie die beim jüngsten Besuch Edens in Washington erlassene gar nichts. In Großbritannien weiß allmählich jedermann, daß die amerikanische «Führung» zuletzt nichts anderes bedeutet als die Hineinziehung Englands in einen Atombombenkrieg, in dem es sicher zerstört würde, während die Vereinigten Staaten, hinter dem Ozean einigermaßen geborgen, doch irgendwie davonzukommen hoffen dürften. Und was Frankreich betrifft, so mache sich niemand Illusionen über seine Bereitschaft, Arm in Arm mit einer neuen deutschen Wehrmacht gegen den kommunistischen Osten zu Felde zu ziehen. Nicht nur daß die Kommunistische Partei Frankreichs stark genug ist, um jeden solchen Versuch, falls er dennoch unternommen würde, lahmzulegen; auch die Mehrheit der nichtkommunistischen Franzosen wird nicht mehr zum Marschieren gebracht werden können, hat sie doch nicht einmal zu einem ernsthaften, ausdauernden Krieg gegen die ins Land eingefallenen Armeen Hitlers gebracht werden können — und die Sowjetarmee wird sicher nicht angreifend in Frankreich einfallen.

7. Die Kolonial- und Halbkolonialvölker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entgleiten immer deutlicher der westeuropäisch-amerikanischen Beherrschung. Die Bandung-Konferenz im Frühjahr 1955 hat

---

listische, nationalistische und militärische Heidentum des Westens verstanden wird, sondern vor allem der atheistische Kommunismus. Erfreulicherweise protestiert die «Stimme der Gemeinde» (vom 1. Februar) entschieden gegen *diese* Art des Kampfes wider die Gottlosigkeit:

«Wir wollen es rechtzeitig und deutlich sagen: Rom ist für uns kein Bundesgenosse. Die Verfolgungen der Protestanten in Spanien, in südamerikanischen Staaten und andernorts durch die römische Kirche oder durch sie beeinflußte und beherrschte Regierungen macht Rom zum ungeeignetsten Partner für die evangelische Christenheit. Wo immer Rom die Macht dazu hat, sind heute noch Terror und Verfolgung das Los der Protestanten. Die politische Mesalliance evangelischer Bischöfe und Oberkirchenräte mit dem intoleranten römischen Katholizismus hat daran nichts geändert. Sie ist nur geeignet, die wirklichen Verhältnisse zu vernebeln. — Von seiner Gründung an versagte sich die römische Kirche dem ökumenischen Zusammenschluß der Christenheit. ‚Es kann nur eine Einheit der Christen geben, wenn die außerhalb der katholischen Kirche Stehenden Glauben, Kultus und Hierarchie der römischen Kirche annehmen', schrieb der ‚Osservatore Romano' zur Weltkirchenkonferenz in Evanston im August 1954. Der katholische Erzbischof von Chicago, Kardinal Stritch, verbot allen Katholiken die Teilnahme und das Betreten des Geländes der Weltkirchenversammlung von Evanston. Es könne eine Einheit der Christenheit nur durch vollständige Unterwerfung unter die Lehre und Herrschaft der Katholischen Kirche geben. Die römische Kirche ist mit ihrem Totalitätsanspruch und mit ihrer Praxis ein unglaubwürdiger Partner ‚für die Verteidigung der religiösen Werte'. Bischof Dibelius hat der evangelischen Christenheit einen schlechten Dienst erwiesen. Rom ist für uns kein Bundesgenosse.»

ihre Solidarität im Kampf um ihre volle Befreiung sogar dem Staatsdepartement der USA klargemacht, das die Konferenz vergeblich boykottieren zu lassen versuchte. Und seither hat die nationale und soziale Unabhängigkeitsbewegung der unterentwickelten Völker nur neue Fortschritte gemacht. In Ost- und Südasien haben die Westmächte nicht mehr viel zu suchen — trotz der Südostasiatischen Vertragsorganisation (SEATO) und trotz der Wiederaufrüstung Japans. In Mittel- und Vorderasien schwindet der britisch-amerikanische Einfluß zusehends; der Bagdadpakt steht nach der nun ebenfalls erfolgten Absage Jordaniens und angesichts der mehr als zweifelhaften Marschbereitschaft Iraks (das seinen Gegner nicht in der Sowjetunion, sondern in Israel sieht) nur noch auf dem Papier. Nordafrika aber ist in vollem Aufruhr gegen Frankreich begriffen, und daß die Abfallbewegung auch auf weitere wichtige Teile des dunklen Erdteils übergreift, ist nurmehr eine Frage der Zeit. Sogar Lateinamerikas sind die Vereinigten Staaten längst nicht mehr sicher; was sie sich in Guatemala geleistet haben, dürfen sie anderswo kaum wiederholen, zumal die Ergebnisse der gewaltsamen Wiederherstellung der Ausbeutungswirtschaft in diesem Land auf alle anderen Völker Mittel- und Südamerikas eher aufreizend wirken müssen und ihnen vollends klarzumachen geeignet sind, was man in Washington unter «Kampf gegen den Kommunismus» *wirklich* versteht.

Kurz: Das weltpolitische Programm der Vereinigten Staaten, dessen Durchführung das «amerikanische Jahrhundert» aus einem Traum zur Wirklichkeit machen sollte, erweist sich mehr und mehr als undurchführbar. «Mr. Dulles war ein Erfolg als Anwalt des internationalen Großkapitals. Als internationaler Retter des kapitalistischen Imperialismus ist er ein elender Mißerfolg», wie Scott Nearing trocken bemerkt.

Rechts oder links? Ein besonderes Wort muß noch zu den Ereignissen in und um *Frankreich* gesagt werden, die in der Berichtszeit die Aufmerksamkeit der Welt so stark in Anspruch genommen haben und sie noch lange weiterbeschäftigen werden. Wie zu erwarten war, hat also im Namen einer «Republikanischen Front» der sozialdemokratische Parteisekretär Guy Mollet das Regierungssteuer nach den Neuwahlen in die Hand bekommen. Er ist, wie der Pariser Korrespondent des «New Statesman» schreibt, «ein erfahrener Parteipolitiker, ein glänzender Regisseur von Parteitagen und ein alter Sachverständiger in Kulissenmanövern. Regierungserfahrung hat er aber tatsächlich keine, und er muß sich erst noch klar darüber werden, daß Zugeständnisse — vor allem in der Behandlung nordafrikanischer Fragen — unweigerlich die Begehren der französischen Rechten versteifen». Weiß er das wirklich noch nicht? Ist seine Taktik nicht gerade

auf eine wenn auch verschleierte *Zusammenarbeit* mit der («gemäßigten») Rechten gerichtet, zum Zweck der Fernhaltung der Kommunisten von der Regierungsmehrheit? In einem Pariser Brief der westdeutschen «Anderen Zeitung» wird es direkt behauptet:

«Der Verrat an den Zielen der ‚Republikanischen Front' und vor allem an dem, was die Massen sich darunter vorstellen, ist längst noch nicht abgewehrt. Wenn der direkte Weg der ‚nationalen Einheit' scheitert, dann ist ein anderer, weniger auffälliger vorgesehen. Und der geht über die ‚Europäer'. Welchen besseren Kitt könnte es wohl geben, um Rechte und Linke wieder zusammenzubringen, als die ‚Europa-Idee'? Gibt es nicht ‚europäisch' denkende Sozialisten, denkt Pinay nicht ‚europäisch' und ist der MRP nicht dazu da, um als ‚christliche' Kupplerin zwischen beiden zu dienen? Tatsächlich wird die zweite Operation gegen die Linke unter der Europa-Flagge geführt. Mendès wird als Ministerpräsident abgelehnt, da man ihm seine Einstellung gegen die EVG nicht verziehen hat und man ihn als Gegner anderer übernationaler Kombinationen betrachtet. Statt dessen will man gern einen ‚gemäßigten' Europa-Sozialisten wie Mollet oder Pineau oder Ramadier akzeptieren. Über den ‚europäischen' Umweg wäre dann der Linken der Stachel genommen, und man wäre glücklich wieder im Sumpf der Vergangenheit gelandet. Das ist die Absicht der geschlagenen Rechten. Gewisse Sozialisten kommen ihr entgegen. Eine neue Wochenzeitung ‚Demain' vertritt mit Eifer die Idee der Verständigung unter dem verständnisvollen Lächeln Herrn Monnets.

Die Massen aber wollen etwas anderes. Das Volk schläft nicht mehr. Millionen Jugendlicher sind zu politischer Aktivität erwacht. Und der Poujade-Faschismus lauert auf jede Schwäche des Parlaments. Nichts kann ihm nützlicher sein als die Rückkehr zu den alten Methoden. Es ist keine Zeit mehr für die trüben und kläglichen Parteienspiele der Vergangenheit.»

Mollet und die ihm folgenden Sozialdemokraten haben freilich eine gewisse Entschuldigung. Ob die französischen Kommunisten loyale Regierungspartner wären, wenn so etwas wie eine neue Volksfront gebildet würde, ist keineswegs sicher. In ihren eigenen Reihen wird immer wieder Kritik an ihrer doktrinären Starrheit und an ihrer Unduldsamkeit gegenüber allem, was nicht der (jeweiligen) Parteilinie folgt, geübt, so neuerdings in einem Büchlein Pierre Hervés, eines der gescheitesten Wortführer der jüngeren Kommunistengeneration. Man darf gespannt sein, was für ein Schicksal ihm die linientreuen Dogmatiker bereiten werden*. Indessen wäre es doch Borniertheit von der *anderen* Seite, wollte man jede vernünftige Entwicklung der französischen Kommunisten von vornherein ausschließen, besonders auch im Hinblick auf die augenfällige Biegsamkeit und Verständigungsbereitschaft der Sowjetführung, die recht wohl weiß, daß «Koexistenz» mit der nichtkommunistischen Welt und vor allem natürlich mit der sozia-

* Das war kaum geschrieben, als auch schon prompt der Ausschluß Hervés aus der Kommunistischen Partei gemeldet wurde. Ob es endgültig dabei bleibt? Die französischen Gäste am kommunistischen Parteitag der Sowjetunion, der den neuen Kurs Moskaus in so sensationeller Form markierte, werden vielleicht doch dafür sorgen, daß auch der Ketzerprozeß gegen Hervé revidiert wird, so wie nun in Moskau ein Ketzer nach dem andern — auch solche, die schon längst ihren Genickschuß bekommen haben — in seiner kommunistischen Ehre wiederhergestellt wird. Oder will man in Paris päpstlicher sein als der Papst?

listischen und Arbeiterbewegung des Westens auf alle absehbare Zeit auch für die konsequentesten Kommunisten eine Lebensnotwendigkeit ist. Es käme mindestens auf einen *Versuch* zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten an. Gerade davon aber will die neue französische Regierungsmehrheit einfach nichts wissen. Lieber versucht sie es mit der Rechten und mit Nachgiebigkeit gegenüber ihren Druckmanövern. So jetzt in der brennenden *Algerienfrage*. Es genügte, daß die Anhänger Poujades, die sich eine eigene Parteimiliz zugelegt haben, im besten faschistischen Stil gewalttätige Kundgebungen gegen den soeben ernannten Residenten für Algerien, General Catroux, organisierten, um Mollet zu dessen Ausbootung zu veranlassen. Natürlich hat dieser Rückzug die französischen Siedler (colons) in Nordafrika erst recht ermutigt, die Algerier aber — und mit ihnen die Nationalisten in Tunesien und Marokko — *ent*mutigt und ihr Vertrauen in die Pariser Regierung aufs neue und vielleicht folgenschwer geschwächt.

Frankreichs geheimer Krieg Wie unter diesen Umständen Frankreich seinen Krieg in Algerien soll ehrenhaft zum Abschluß bringen können, ist schwer abzusehen. Denn ein wirklicher Krieg ist es ja, womit es Frankreich dort zu tun hat. Man redet zwar noch immer bloß von dem «Notzustand», der in Algerien im April 1955 erklärt worden sei, und der — in etwas anderer Form — auch seit der Ausschreibung der Wahlen zur französischen Nationalversammlung, die ihm formell hätten ein Ende machen sollen, noch immer weiter besteht. Gerade die fristlose Verschiebung der Wahlen in Algerien, das offiziell als Teil Frankreichs, nicht als Protektorat oder Kolonie, gilt, zeigt nur zu deutlich, daß in Algier Kriegsrecht, Kriegszustand herrscht und Frankreich nicht mehr nur einen örtlichen Aufstand zu bekämpfen, sondern einen regelrechten Kolonialkrieg zu führen hat.

Die Fiktion, daß die Revolte, die am 1. November 1954 ausbrach, lediglich das Ergebnis einer Hetze kleiner Gruppen von Unzufriedenen sei, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden, als klar wurde, daß hier eine *organisierte, revolutionäre Widerstandsbewegung* im Gang war, die — in völliger Unabhängigkeit von den nationalistischen Parteien — rasch das ganze Volk ergriffen hatte. Schon nach dreiviertel Jahren war nicht mehr zu bezweifeln, daß die algerische Revolutionsarmee zu Operationen großen Stils fähig war, die gleichzeitig in weit auseinanderliegenden Landesteilen geführt wurden. Was wunder, daß die Franzosen im vergangenen Oktober nicht weniger als 200 000 Mann aus dem Mutterland nach Algerien werfen mußten — eine modern ausgerüstete, kampfkräftige Armee, die aber den Aufstand weder dämpfen noch seine weitere Ausbreitung verhindern konnte. Die Stärke der Rebellen ist bis heute unbekannt; man weiß nur, daß ihre Führung über die französischen Truppenbewegungen und alles sonst Wissens-

werte immer ausgezeichnet unterrichtet ist und die Rebellen von der Bevölkerung mit allem Nötigen reichlich unterstützt werden, namentlich mit Waffen, die also keineswegs von der Leitung des Arabischen Bundes in Kairo stammen, sondern aus Algerien und dem übrigen Französisch Nordafrika selbst, soweit sie nicht Beute aus den zahllosen Überfällen sind, die die Maquis-Truppen auf die Nachschub- und Geleitzüge der Franzosen machen.

Wie soll das alles weitergehen? Man denkt immer wieder an Indochina und den ruhmlosen Zusammenbruch des dortigen Kolonialkrieges. Aber es besteht doch, wie K. S. Karol im «New Statesman» (am 24. Dezember 1955) schrieb, ein sehr bedeutender Unterschied zwischen den beiden Kriegen:

«Algerien ist nur vier Flugstunden von Paris entfernt, und über eine Million Franzosen lebt dort seit hundert Jahren. Das ist kein gewöhnlicher Kolonialkrieg mehr, der 15 000 Kilometer vom Mutterland weg geführt wird, sondern eine Kraftprobe, die an den Grenzen Frankreichs selber ausgetragen wird. Für die Angehörigen der französischen Kolonie ist der Krieg keine Frage eines Devisenhandels in Piastern, sondern eine Frage von Leben und Tod, ein Krieg zur Verteidigung von Besitzungen, die sie nach vielen Jahren harter Pionierarbeit erworben hatten und auf die sie nach ihrer festen Überzeugung ein Recht haben. Diese Überzeugung zu erschüttern und diese Menschen zu vertreiben, ist eine unmögliche Aufgabe für das Maquis. Die Rebellen mögen imstande sein, die französische Armee in Schach zu halten, aber ein algerisches Dien Bien Phu vorzubereiten und zu gewinnen, vermögen sie nicht.»

Vielleicht wollen sie es auch gar nicht. Es dürfte mit den algerischen Nationalisten nicht viel anders stehen als mit den tunesischen und marokkanischen: im Grund möchten sie im französischen Staatsverband bleiben — nur mit politischer Selbstregierung und ohne wirtschaftliche Ausbeutung. Bezeichnend genug ist, daß nach dem glaubwürdigen Bericht des französischen Journalisten Robert Barrat die meisten der von ihm besuchten Führer der algerischen Nationalarmee unter sich selbst Französisch sprachen. Ist aber angesichts der neuen Verschärfung der Lage, wie sie sich im letzten halben Jahr herausgebildet hat, eine friedliche Verständigung zwischen Franzosen und Algeriern überhaupt noch möglich? Werden nicht auf beiden Seiten die extremen Gruppen das Heft in die Hand bekommen? Die Gefahr besteht ohne Zweifel, und die Regierung Mollet macht gar nicht den Eindruck, daß sie ihr wirksam zu begegnen imstande sei. Vergessen wir auch nicht, daß hinter Frankreich in Nordafrika die *Vereinigten Staaten* stehen. Und die amerikanische Politik besteht dort — wie John Gunther in seinem großen, so überaus aufschlußreichen Buch «Inside Africa» unverhohlen ausspricht — im wesentlichen darin, die französische Kolonialherrschaft und die bisherige soziale Ordnung zu stützen und den revolutionären Nationalismus niederzuhalten. «Wir brauchen», so schreibt Gunther, «die militärische Hilfe Frankreichs in Europa, und darum müssen wir logischerweise mit Frankreich zusammenspannen. Nordafrika ist zudem der Schwanz des französischen Drachens; tritt

man ihm auf den Schwanz, so kann der Drachen nicht steigen. Wenn es zum Kriege kommt, wird ein starkes, freundliches Frankreich lebenswichtig für die nationalen Interessen Frankreichs sein.»

Gunther weiß freilich, daß diese konservative, ja reaktionäre Einstellung der Vereinigten Staaten wie Frankreichs selber die Gefahr in sich birgt, daß Nordafrika über kurz oder lang ganz von Frankreich abfällt und vielleicht sogar dem Kommunismus zugetrieben wird. Und er hofft darum, daß Frankreich, mit amerikanischer Zustimmung, doch noch rechtzeitig «größere Zugeständnisse» an den nordafrikanischen Nationalismus machen werde. Aber so wie die Dinge sich jetzt entwickeln, steht solche Hoffnung auf recht schwachen Füßen. Die Gefahr wächst für Frankreich stetig, daß sich in Nordafrika eben doch wiederholt, was in Indochina geschehen ist. Und das hieße dann freilich, daß Frankreich nicht nur eine ferne Kolonie verlöre, sondern ein seit 130 Jahren mühsam aufgebautes Imperium vor den Toren des Mutterlandes, daß auch seine riesigen west- und zentralafrikanischen Besitzungen früher oder später abfallen würden und daß es damit endgültig aus der Reihe der großen Weltmächte ausschiede. Das ist vielleicht der notwendige Gang der Geschichte, die mit allem Kolonialismus und Imperialismus erbarmungslos aufräumt. Aber kann sich der Übergang zu der neuen Geschichtsperiode, der wir entgegengehen, für Frankreich nicht weniger katastrophal, weniger demütigend vollziehen?

15. Februar. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Abrechnung mit den christlichen Lehrern

Ein Werk des Pfarrers Dignath

Im Jahre 1917 hielt *Theodor Haecker*, der berühmte katholische Kulturphilosoph, eine erste Abrechnung nicht nur mit dem «christlichen Staat», sondern insbesondere mit seinen beamteten Lehrern, den Professoren. Er meinte, daß sie «eine ausgesprochene geistige Hochstaplerexistenz führten, da sie sich für etwas ausgeben, was sie nicht sind, nämlich Lehrer».

Das klingt sehr rauh, ist aber verständlich angesichts dessen, was diese Lehrer sich in den Zeiten vor 1914 und während des «ehrlosen Gemetzels» (Benedikt XV.) an Hetze, Phrase und Lüge geleistet hatten. Man lese diese Abrechnung nach in dem «Nachwort» zum «Begriff des Auserwählten», einer Kierkegaard-Übersetzung, die im Brenner-Verlag in Innsbruck erschienen ist! Es ist heute noch, ja gerade heute, des Lesens wert. Daß dies Nachwort nach 1918 so wenig gelesen wurde, ist mit schuld daran, daß 1933 möglich wurde.